Ständeratskommission für AHV-Frauenalter 64 Verzicht auf Ruhestandsrente

Die vom Zuger Christlichdemokraten Markus Kündig präsidierte Ständeratskommission zur Vorberatung der 10. AHV-Revision hat ihre Arbeiten weitgehend abgeschlossen, und die Vorlage kommt in der Sommersession ins Plenum. Die Anträge folgen weitgehend den Entschieden des Nationalrates und übernehmen auch die Heraufsetzung des Frauenrentenalters auf 64 über einen Zeitraum von acht Jahren.

lts. Bern, 4. Mai

Die Ständeratskommission hatte sich nach Prüfung und Verwerfung des *Einheitsrentenmodells* grundsätzlich der vom Nationalrat gutgeheissenen Konzeption angeschlossen und sich ebenfalls für das Splitting mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften entschieden. Mit diesen Bonuszahlungen wird das während der Erziehungs- oder Betreuungsjahre ausgefallene Berufseinkommen des zu Hause wirkenden Ehepartners kompensiert. Die Ständeratskommission korrigierte indessen die Rentenformel, um zu vermeiden, dass die bisherigen Rentner und die Neurentner unterschiedliche Leistungen erhalten. Die Kommission begrenzte zudem die *Übergangsfrist* auf vier Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit müssen die Alt- und Neurentner angeglichen sein. Im weiteren schlägt die Kommission vor, die durch die Einkommenssplitting entstehende Schlechterstellung von verwitweten Alters- und Invalidenrentnern durch einen Rentenzuschlag von 20 Prozent auszugleichen.

Angleichung des Rentenalters

Anlass zu langen Diskussionen gab auch in der Ständeratskommission das AHV-Alter der Frauen. Zwischen Alter 62 und 65 standen sämtliche Möglichkeiten zur Auswahl. Mit 9 gegen 6 Stimmen gab die Mehrheit schliesslich der zweistufigen Heraufsetzung auf Alter 64 den Vorzug. Die unterlegene Minderheit wollte auf 65 gehen. Vier Jahre nach dem Inkrafttreten der 10. AHV-Revision erhöhte sich das Pensionierungsalter der Frauen auf 63 und weitere vier Jahre später auf 64. Die Kommission bereinigt zudem noch vor der Session den Text einer Motion, mit der die *Verwirklichung des gleichen Rentenalters* für Mann und Frau in der 11. AHV-Revision verlangt wird. Von der Kommission verworfen wurde die Einführung einer Ruhestandsrente, weil sie befürchtete, damit eine Frühpensionierungswelle mit nicht verkräftbaren finanziellen Konsequenzen auszulösen. Präsident Kündig räumte ein, dass nach seiner Einschätzung mit diesem Entscheid auch die vom Ständerat in der Frühjahrsession in die Arbeitslosenversicherung eingebaute *Vorruhestandsregelung* «gestorben» sei. Andere Kommissionsmitglieder widersprechen

allerdings dieser Interpretation. Der Verzicht auf eine Ruhestandsrente schliesst aber die Flexibilisierung des Rücktrittsalters nicht aus, weil der Rentner in diesem Fall den Vorruhestand mit gekürzten Leistungen selber finanziert.

Finanzielle Sorgen

Die von der Kommission beantragte Plafonierung der Ehepaarsrente auf 150 Prozent der maximalen Einzelrente ist ein Einbruch in das Prinzip der *zivilstandsunabhängigen AHV*, wie sie dem Splitting zugrunde liegt. Diese Konzession wurde bereits im Nationalrat kritisiert, mit Rücksicht auf die Kosten einer Entplafonierung aber schliesslich doch akzeptiert. Das Thema war auch in der Ständeratskommission umstritten, und sie sanktionierte die 150-Prozent-Formel bloss mit 8 gegen 7 Stimmen. Die Minderheit, die ihren Antrag ins Plenum tragen wird, wollte wenigstens auf 160 Prozent gehen, um den mittleren Erwerbseinkommen zwischen 70 000 und 90 000 Franken etwas entgegenzukommen. Die *Mehrkosten* dieser Korrektur betragen 400 Millionen Franken im Jahr. Die Wahl der billigeren Lösung und die Anpassung des Rentenalters widerspiegeln die Sorge der Kommission über die *demographisch* bedingte *massive Verschlechterung* des AHV-Finanzhaushaltes in den nächsten Dezenen. So verändere sich die Relation zwischen Kapital und Jahresausgaben von 100,5 Prozent im Jahre 1995 auf 91 Prozent (2000), 46,5 Prozent (2005) und schliesslich minus 20,8 Prozent im Jahre 2010.

Widerstand hat sich formiert

(sda) Gegen die Erhöhung des Rentenalters ist Opposition laut geworden: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die SPS rufen für den 1. Juni zu einer nationalen Kundgebung in Bern auf, um dagegen zu protestieren. SPS, SGB und LdU erhalten Schützenhilfe vom Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) und dem Schweizerischen Kaufmännischen Verband (SKV), die sich ebenfalls für ein flexibles Rentenalter einsetzen: Mit seinem Entscheid, das Rentenalter der Frauen zu erhöhen, provoziere die Ständeratskommission das Referendum und gefährde damit die ganze 10. AHV-Revision, heisst es in einem CNG-Communiqué.